



Pressedienst

22. April 2020

237/2020 Sitzung des Stadtrats

Verfahren für Bürgerbudget sollen beschlossen werden

238/2020 **Flexibel, digital und bürgernah: Offene Video-Konferenz der Verwaltungsspitze zum Thema Schulöffnung mit 50 Teilnehmern**

239/2020 **OGS-Module an Wilhelmschule und Lindenschule**





22. April 2020

237/2020

Sitzung des Stadtrats

Verfahren für Bürgerbudget sollen beschlossen werden

Projekte verwirklichen und neue Ideen für eine lebenswerte Stadt Castrop-Rauxel einbringen – das ist der Gedanke hinter dem Bürgerbudget, für das nun in der nächsten Sitzung des Stadtrates (28.4.) unter anderem die Stadtverwaltung beauftragt werden soll, das Verfahren zur Antragsstellung umzusetzen. Mit ihm können Bürgerinnen und Bürger, Stadtteilvereine oder auch lose Gruppierungen künftig Geld für ihr gemeinwohlorientiertes Projekte beantragen.

„Ich freue mich, dass wir nach vielen Jahren endlich den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bieten, ihre Ideen auch verwirklichen zu können, ohne sich Sorgen machen zu müssen, ob diese überhaupt finanziell umsetzbar sind“ betont Bürgermeister Rajko Kravanja mit Blick auf die Ratssitzung in der nächsten Woche.

Der Stadtrat hatte in seiner Sitzung im November 2019 bereits beschlossen, dass die Verwaltung ein Konzept für ein Bürgerbudget erarbeiten soll. Um eine möglichst breite Akzeptanz zu erzielen, wurden dafür die Stadtteilvereine mit eingebunden. Künftig können so Vereine, aber auch Bürger und andere Gruppierungen, verbunden mit einem kleinen Eigenanteil, Geld für ihre Projekte beantragen.





Pressedienst

Seite 2

Mit der kommenden Stadtratssitzung soll nun die Verwaltung beauftragt werden, für das laufende Jahr 2020 jeweils 7000,- EUR für die beiden Stadtteiljubiläen in Ickern und Pöppinghausen zu stellen. Darüber hinaus soll das Verfahren zur Vergabe der stadtweiten Projekte durch Einzelne oder Gruppen und Vereine in diesem Jahr umgesetzt werden und eine entsprechende Satzung zur Umsetzung und Abwicklung erarbeitet werden.

„Es ist ein guter Anfang den Bürgern auch einmal etwas zurückzugeben,“ so Rajko Kravanja. Zwar werde durch die politischen Vertreter bereits viele Ideen für Castrop-Rauxel eingebracht, jedoch könnten die Menschen mit einem eigenen Budget direkter abgeholt werden, um ihre individuellen Ideen für ein lebenswertes Castrop-Rauxel einzubringen, ist Rajko Kravanja überzeugt. „Nun hoffe ich auch auf eine breite Bürgerbeteiligung und bin schon gespannt auf die Kreativität der Projekte, nicht nur der Stadtteilvereine, sondern auch die eines jeden Einzelnen.“





22. April 2020

238/2020

Flexibel, digital und bürgernah: Offene Video-Konferenz der Verwaltungsspitze zum Thema Schulöffnung mit 50 Teilnehmern

Der Stadt Castrop-Rauxel ist es ein großes Anliegen, die lokalen Auswirkungen der corona-bedingten Vorschriften von Bund und Land für und mit betroffenen Castrop-Rauxeler Bürgerinnen und Bürgern zu erläutern. So hatte Bürgermeister Rajko Kravanja am Dienstag, 21. April, erneut zu einer offenen Videokonferenz eingeladen, bei der diesmal Lehrer, Eltern und Schüler Fragen und Anliegen mit Blick auf die aktuelle Schulpolitik und die teilweise Öffnung der weiterführenden Schulen am 23. April loswerden konnten. Neben dem Bürgermeister nahmen auch Lisa Kapteinat (Mitglied des Landtages), Regina Kleff (Beigeordnete für Soziales), Michael Eckhardt (Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer) und Bettina Lenort (Stadtbaurätin) sowie knapp 50 weitere Castrop-Rauxeler Bürgerinnen und Bürger teil.

Bürgermeister Rajko Kravanja hieß die Teilnehmenden willkommen. In seiner Einleitung kritisierte er die Informationspolitik der Landesregierung: „Ich schließe mich ausdrücklich den Forderungen des Städtetages an, Schulen erst wieder am 27.04. aufzumachen, damit wir ausreichend Hygienematerialien besorgen können. Aber wenn es sein muss, bereiten wir selbstverständlich auch für eine Öffnung am Donnerstag alles vor.“





Pressedienst

Seite 2

Mit einem Überblick über den aktuellen Stand der Landesvorschriften und deren Umsetzung in der Stadt Castrop-Rauxel, die als Schulträger für die Schulgebäude zuständig ist, begrüßte ebenfalls Sozialdezernentin Regina Kleff die Runde. So wurden in Abstimmung mit den Schulleitungen bis Mittwoch, 22. April, Raum- und Hygienekonzepte für die weiterführenden Schulen erarbeitet: „Die Abiturienten sollen freiwillige Lernangebote bekommen“ betonte Regina Kleff. „Alle anderen weiterführenden Klassen sollen unter Einhaltung der aktuellen Hygieneregeln in kleineren Einheiten verpflichtend für die anstehenden Prüfungen vorbereitet werden. Auch Integrationshelfer dürfen damit unter Einhaltung der Abstandsregelungen wieder in die Schulen gehen. Wir folgen den Richtlinien des Robert-Koch-Instituts und reinigen die Räume täglich gründlich nach der Nutzung oder vor einem Gruppenwechsel. In jedem Klassenraum werden Wasser und Seife zur Verfügung stehen. In den Eingangsbereichen gibt es Möglichkeiten, die Hände zu desinfizieren. Die Schulen informieren die Schüler auch individuell über schulinterne Regelungen über die Homepage oder Mails.“

Ein wichtiges Thema der Konferenz waren die Möglichkeiten des digitalen Unterrichts, der auch Eltern entlasten würde. Lisa Kapteinat (MdL) sagte dazu: „Das ist keinen Tag länger so hinzunehmen. Wir müssen die Eltern entlasten und die Kinder müssen ihren Draht zu Lehrern und Mitschülern behalten.“





Pressedienst

Seite 3

Hier geht es auch um die digitale Ausrüstung der Schüler zu Hause, die ja sehr ungleich ist. Die Debatte ist auf jeden Fall angekommen. Es fehlt an verschiedenen Stellen, bei der Hardware, aber auch beim Datenschutz... Ich hoffe, dass wir baldmöglichst eine Lösung haben.“ Bürgermeister Rajko Kravanja sieht hier auch die Chance in der Krise: „Wir nehmen mit, Digitalisierung nochmal anders zu denken. Es geht nicht nur um die Digitalisierung innerhalb der Schule, sondern um die Übertragung des Unterrichts nach Hause. Und wenn wir digitalen Unterricht für zu Hause anbieten, müssen wir als Gesellschaft auch dafür sorgen, dass alle Lehrer und Schüler die gleichen Voraussetzungen haben, auch diejenigen, die aus finanziellen Gründen vielleicht nicht gut ausgestattet sind.“

Viele Fragen beschäftigten sich darüber hinaus mit den Hygieneregeln. Mit Blick auf den Mund- und Nasenschutz in den Schulen stellte der Bürgermeister klar, dass diese Materialien nicht von der Schule gestellt werden. Da die Schulen die Abstandsregeln von mindestens 1,5 Metern einhalten, gibt es unter den aktuellen Bedingungen auch keine Maskenpflicht an Schulen: „Dennoch ist es ratsam, Community-Masken zu tragen, also Masken, die andere schützen und die man zu Hause selbst waschen und desinfizieren kann. FFP2- und FFP3-Masken, die auch den Träger direkt schützen, sind aufgrund der Lieferengpässe im Moment dem medizinischen Personal vorbehalten.“





Pressedienst

Seite 4

Um die Hygieneregeln auch bei der Beförderung der Kinder zur Schule zu gewährleisten, steht die Stadt in engem Austausch mit den öffentlichen Busbetrieben, die zugesagt haben, bei Bedarf die Taktung zu erhöhen. Der Bürgermeister sagte dazu: „Es muss ganz klar mehr Busse geben. Wir haben eine weitere Besprechung mit den Verkehrsunternehmen, um das nach der Rückmeldung der Schülerzahlen abzustimmen. Dahinter steckt hoher Koordinationsaufwand, aber wir kriegen das hin.“

Ein weiterer Themenblock war die Bewertung für das Abitur. Auf eine entsprechende Frage erklärte Lisa Kapteinat: „Es gibt bislang keine konkreten Überlegungen, die Mindestpunktezahl für das Abitur zu verringern. Die Ministerin ist ganz klar dafür, dass das Abitur geschrieben wird.“ Lisa Kapteinat sagte zu, den Vorschlag aus dem Teilnehmerkreis hinsichtlich eines Corona-Faktors, mit dem das Abiturergebnis multipliziert werden könne, um den Umständen Rechnung zu tragen, an die entsprechende Stelle weiterzugeben.

Ein Schüler schilderte stellvertretend für viele die enorme Anspannung, unter der die Abiturienten und die Schüler der anderen Abschlussjahrgänge in dieser Ausnahmesituation lernen müssten. Die Verwaltungsspitze kann diese Sorgen verstehen. Bürgermeister Rajko Kravanja: „Wir nehmen das mit. Ich persönlich finde es genau richtig, für diesen Jahrgang Sonderlösungen zu finden.“





Pressedienst

Seite 5

Dazu gehört zum Beispiel, dass die Zehner-Abschlüsse nicht zentral gemacht werden, und dass niemand sitzen bleiben kann.“

Aus den Reihen der Teilnehmer kam viel Kritik an der Öffnung der Schulen: „Wir fühlen uns wie Versuchskaninchen.“ Bürgermeister Rajko Kravanja konnte diese Bedenken nachvollziehen. „Ich kann Ihnen versichern, dass wir uns an die strengen Vorgaben des Robert-Koch-Instituts zum Schutz vor Neuinfizierungen halten“, betonte er. „Und auch die Verwaltung trifft sich zum Beispiel zu regulären Besprechungen. Wir müssen auch die Gesellschaft ein Stück weit wieder hochfahren, immer unter der Berücksichtigung der Zahlen der Intensivbetten und Beatmungsmöglichkeiten. Hier müssen wir immer wieder abwägen. Wenn wir hochfahren, dann vernünftig durchdacht und am besten mit mehr Zeit.“

Im Rahmen der aktuellen Schulöffnung schloss sich die Frage an, wann Kitas und Tagesbetreuungsangebote an der Reihe sein werden. Lisa Kapteinat erläuterte: „Die Notbetreuung wurde so gelockert, dass auch Kinder betreut werden dürfen, bei denen das Jugendamt das befürwortet. Zudem gibt es ab dem 23. April viele weitere Berufsgruppen, die ihre Kinder in die Notbetreuung geben dürfen. Das Thema der Kita-Öffnung darf nicht übersehen werden, weil sonst vor allem bei den ganz Kleinen eine komplette Wiedereingewöhnung stattfinden müsste.“





Pressedienst

Seite 6

Die flexible Nutzung der digitalen Möglichkeiten im Rahmen der offenen Videokonferenz wurde von vielen Teilnehmern begrüßt. Bei Bedarf ist eine Wiederholung möglich.





22. April 2020

239/2020

OGS-Module an Wilhelmschule und Lindenschule

Seit Jahren verzeichnet der Bereich Schule einen kontinuierlichen Anstieg im Bedarf an Plätzen für die Offenen Ganztagschulen (OGS). Insbesondere an der Lindenschule und an der Wilhelmschule ist die Bedarfszahl sehr hoch. Um eine schnelle Entlastung der Raumkapazitäten zu schaffen, wurde im Betriebsausschuss 2 der Bau von Modulen an der Wilhelmschule und an der Lindenschule beschlossen. Ab Donnerstag, 23. April, beginnen nun die ersten Arbeiten zur Errichtung der Module.

Gerade an diesen beiden Grundschulen sind die Möglichkeiten, weitere Räume innerhalb der Schulen für das Betreuungsangebot zu schaffen, sehr gering beziehungsweise gar nicht gegeben. So sind die Module die beste Möglichkeit, um in möglichst kurzer Zeit den Schulen eine Entlastung zu bieten. „Ein Kraftakt für beide Schulen mit einem hohen Maß an Kooperationsbereitschaft, für das ich mich ausdrücklich bei allen bedanken möchte“, betont Regina Kleff, Beigeordnete für Soziales. Aufgrund des Beschlusses konnten zudem im vergangenen Sommer alle Kinder aufgenommen werden.

So wird künftig an der Wilhelmschule ein Gruppenraum mit weiteren Nebenräumen entstehen.





Pressedienst

Seite 2

An der Lindenschule wird ein 200 m² großes Modul errichtet, das zwei Gruppenräume und Nebenräume vorsieht. Beide Module werden jeweils mit einem Gründach versehen. Der Bau wird aus den Fördermitteln des Landes (KInFÖG II) sowie einem Eigenanteil aus dem Projekt „Gute Schule“ finanziert.

